

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/318 –

Ausreisegewahrsam und Abschiebehaf für ausreisepflichtige Personen, insbesondere für Straftäter und Gefährder, wirksam umsetzen

A. Problem

Die Fraktion der AfD beklagt einen seit dem Jahr 2015 andauernden Verlust der inneren Sicherheit in Deutschland, der Folge der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung sei. Hierdurch sei es zu einem Anwachsen des islamistischen Terrorismus und des islamistischen Personenpotentials in Deutschland gekommen.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, in Koordination mit den Ländern zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit vollziehbar ausreisepflichtige Personen verstärkt in Ausreisegewahrsam zu nehmen sowie die gesetzlichen Regelungen zur Abschiebungs- bzw. Sicherungshaft nach Maßgabe des Antrags anzupassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/318 abzulehnen.

Berlin, den 10. September 2025

Der Innenausschuss

Josef Oster
Amtierender Vorsitzender

Siegfried Walch
Berichterstatter

Martin Hess
Berichterstatter

Sebastian Fiedler
Berichterstatter

Filiz Polat
Berichterstatterin

Clara Bünger
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Siegfried Walch, Martin Hess, Sebastian Fiedler, Filiz Polat und Clara Bünger

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/318** wurde in der 9. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. Juni 2025 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/318 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/318 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/318 in seiner 7. Sitzung am 10. September 2025 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 10. September 2025

Siegfried Walch
Berichtersteller

Martin Hess
Berichtersteller

Sebastian Fiedler
Berichtersteller

Filiz Polat
Berichterstellerin

Clara Bünger
Berichterstellerin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.